Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 8. Sitzung des Kreisausschusses
am Mittwoch, dem 08.09.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

16.1 Straßenausbau und Bau von Radwegen anstelle der K 6n (Querspange) in Rheda-Wiedenbrück
- Antrag der CDU-Fraktion vom 27.08.2021 - DS-Nr.: 5538 -

Die CDU-Fraktion führte aus, dass sie sich mit den Ergebnissen, die in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität sowie im Arbeitskreis Nahverkehr vorgestellt worden seien, befasst habe. Sie sei zu dem Entschluss gekommen, die Planungen nicht weiter vorantreiben zu wollen. Offensichtlich seien die damaligen Erwartungen nicht eingetroffen. In der Erwartung, dass irgendwann die Querspange komme, seien die Straßen rund um den Stadtteil St. Vit in den letzten Jahren nie genauer betrachtet worden. Teilweise seien die Fahrbahndecken in einem schlechten Zustand und insbesondere Radwege fehlten. Daraus ergebe sich der zweite Aspekt ihres Antrages.

Die FDP-Fraktion erklärte, dass sie den Antrag ablehnen werde. Die Untersuchungsergebnisse lägen noch nicht besonders lange vor; auch sei sie von der Schnelligkeit des Antrages überrascht worden. Im Arbeitskreis habe bereits der Tenor bestanden, die Planung der Straße einzustellen. Ihrerseits gebe es noch offene Fragen, zumal es möglicherweise eine Erweiterung der AUREA gebe. Der Aufsichtsrat der AUREA sei wegen des Antrages ähnlich überrascht gewesen.

Die GRÜNE-Fraktion äußerte, dass in der gestrigen Ausschusssitzung erstmalig die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung öffentlich vorgestellt worden seien und man diese vorher nicht gekannt habe. Es habe nur die Vorlage der Verwaltung gegeben, die die Ergebnisse aufzeige. Sie freue sich, dass die verkehrlichen Untersuchungen gezeigt hätten, dass diese Straße tatsächlich nicht mehr benötigt werde. Im Grunde habe man Glück gehabt, dass es zwischendurch keine Fördermittel für die Realisierung gegeben habe. Sie betonte, dass sie von Anfang an gegen diese Straße gewesen sei und sie sich damit bei den anderen Fraktionen sehr viel Unverständnis eingehandelt habe. In jedem Kreisstraßenbauprogramm, in dem diese Straße aufgeführt gewesen sei, habe sie die entsprechende Position abgelehnt, weil sie keinen Bedarf gesehen habe.

Sie stellte heraus, dass sie aufgrund einer Diskussion in einem nichtöffentlichen Arbeitskreis keinen Antrag stellen würde. Die Vorlage der Verwaltung sei erst einen Tag vor dem Antrag der CDU-Fraktion veröffentlicht worden. Sie habe noch gar keine Zeit gehabt, sich damit vernünftig auseinanderzusetzen. Für sie habe es einen „Geschmack“, dass eine CDU-geführte Verwaltung möglicherweise eine Vorlage für die CDU-Fraktion erstellt habe. Sie hätte erwartet, dass seitens der Verwaltung ein Beschlussvorschlag unterbreitet werde. Dem ersten Punkt des Antrages werde sie zustimmen; vor allem freue sie sich, dass sich dafür wohl eine Mehrheit finden werde. Dem zweiten Punkt des Antrages werde sie hingegen nicht zustimmen. Nur weil eine Straße nicht gebaut werde, könne man daraus nicht ableiten, Maßnahmen au-

ßerhalb des Kreisstraßenbauprogramms durchzuführen. Eine solche Maßnahme müsse in das normale Verfahren aufgenommen werden.

Die SPD-Fraktion erläuterte, dass es für sie zunächst so ausgesehen habe, als ob die CDU-Fraktion die Mitteilungsvorlage bereits im Vorhinein gehabt habe. Sie habe daraufhin eine Anfrage an das Büro des Kreistages gesandt, die sie aber nach einer Erläuterung von Herrn Hellweg zurückgezogen habe. Es sei in diesem Fall besonders unglücklich gewesen, weil die E-Mail, dass die Vorlage der Verwaltung im Kreistagsinformationssystem eingestellt sei, nicht am eigentlichen Tag, sondern erst am 30.08.2021 eingegangen sei. Für sie habe es daher so ausgesehen, dass der Antrag gestellt worden sei, bevor die Mitteilungsvorlage der Verwaltung veröffentlicht gewesen sei. Herr Hellweg habe erklärt, dass es an dem besagten Tag ein Problem mit dem Kreistagsinformationssystem gegeben habe.

Sie irritiere, dass nach der heutigen Presseberichterstattung die Bürgermeisterin der Stadt Oelde die Ergebnisse noch gar nicht kenne. Es sei etwas unglücklich, dass nun schon Beschlüsse gefasst würden und diese somit keine Möglichkeit zur Stellungnahme gehabt habe. Des Weiteren teile sie die Auffassung der GRÜNE-Fraktion zur Ziffer 2 des Antrages.

Die CDU-Fraktion stellte klar, dass sie die Mitteilungsvorlage der Verwaltung überhaupt nicht gekannt habe. Der Antrag sei bereits vorher erstellt worden; sie habe sich damit beschäftigt, nachdem man die Ergebnisse im Arbeitskreis Nahverkehr erhalten habe. Auf Anmerkung der GRÜNE-Fraktion, dass es sich um ein nichtöffentliches Gremium handele, äußerte die CDU-Fraktion, dass die Angelegenheit nur fraktionsintern beraten worden sei. Bisher sei man immer von etwas anderem ausgegangen; nun habe sie ihre Position gefunden.

Die SPD-Fraktion entgegnete, dass in der Begründung des Antrages auf die Mitteilungsvorlage der Verwaltung vom 26.08.2021 Bezug genommen werde und der Antrag mit dem Datum 27.08.2021 ausgezeichnet sei. Demnach müsse sie die Vorlage gekannt haben.

Die Verwaltung berichtete, dass das Büro des Kreistages am 01.09.2021 eine Anfrage der SPD-Fraktion erhalten habe, in der sich die SPD-Fraktion darüber beschwert habe, dass sie erst am 30.08.2021 Kenntnis von der Mitteilungsvorlage der Verwaltung erhalten habe, die unter dem 26.08.2021 ausgezeichnet sei. Zum Hintergrund führte sie aus, dass die SPD-Fraktion erst am 30.08.2021 die übliche automatische E-Mail-Benachrichtigung wie alle anderen Mitglieder Kenntnis erhalten habe und daraufhin moniert habe, dass die CDU-Fraktion bereits am 27.08.2021 unter Bezug auf diese Mitteilungsvorlage einen Antrag gestellt habe. Der von der SPD-Fraktion gewonnene Eindruck sei daher zunächst durchaus nachvollziehbar. Bei der Überprüfung, wie es zu dem Problem gekommen sei, habe sich herausgestellt, dass die Mitteilungsvorlage der Verwaltung bereits am 26.08.2021 freigeschaltet gewesen sei, leider aber genau an diesem Tag aufgrund eines Software-Fehlers die automatische E-Mail-Benachrichtigung nicht ausgelöst worden sei. Die Vorlage habe nachweisbar im Internet gestanden und sei somit für jeden nachlesbar gewesen, nur sei die automatisierte Benachrichtigung unterblieben. Am 27.08.2021 sei dann der Antrag der CDU-Fraktion eingegangen. Aufgrund des Antrages habe sie sich nach interner Rücksprache am 30.08.2021 dazu entschieden, die zunächst nur den Ausschuss für Mobilität vorgesehene Mitteilungsvorlage um die Beratungsfolge für den Kreisausschuss und Kreistag zu erweitern und die Vorlage daraufhin erneut freigegeben. Aufgrund dieser Änderung *(Anm. d. Verw.: sowie der bisher nicht erfolgten Benachrichtigung)* habe das System am 30.08.2021 die übliche E-Mail-Benachrichtigung versandt und erstmalig aktiv über die Mitteilungsvorlage informiert.

Die CDU-Fraktion informierte, dass die interne Abstimmung für den Antrag bereits am Wochenende 21./22.08.2021 erfolgt sei. Da sie natürlich keine Begründung habe abgegeben können, ohne die Vorlage der Verwaltung zu kennen, habe sie diese zunächst abgewartet. Man habe regelmäßig im Kreistagsinformationssystem geschaut, ob eine Vorlage vorliege und anschließend ihre Begründung nochmals überprüft.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion machte die FDP-Fraktion nochmals deutlich, dass sie beide Ziffern des Antrages ablehne, weil sie sich nicht sicher sei, ob alle Aspekte, die möglicherweise doch für die Straße sprächen, berücksichtigt worden seien.

Die FWG-UWG-Fraktion teilte mit, dass sie der Ziffer 1 des Antrages uneingeschränkt zustimmen könne. Bezüglich der Ziffer 2 schließe sie sich den Ausführungen der GRÜNE- sowie SPD-Fraktion an. Sofern schneller Handlungsbedarf gesehen werde, müsste die CDU-Fraktion dieses für das Kreisstraßenbauprogramm 2022 sowie eine neue Klassifizierung der Schadenseinstufung beantragen.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion informierte die Verwaltung, dass sie noch mit der AUREA, in deren Geschäftsführung auch die Stadt Oelde vertreten sei, die Ergebnisse vorstellen werde. Zunächst habe sie aber letztere zuerst den politischen Entscheidungsträgern des Kreises präsentieren wollen.

Sowohl die SPD-Fraktion als auch die GRÜNE-Fraktion schlugen vor, dass man sich grundlegend abstimmen müsse, wie man mit Ergebnissen aus nichtöffentlichen Gremien zukünftig umgehe.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass schließlich von jeder Fraktion ein Vertreter im Arbeitskreis Nahverkehr sitze. Gegenüber den Bürgern von St. Vit finde sie es bedauerlich, dass sich für die Ziffer 2 ihres Antrages keine Mehrheit finde. Sie würde es begrüßen, wenn die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Mobilität insbesondere zum Zustand der Straßen sowie der Situation der Radfahrer dort vortrage. Die Verwaltung antwortete, dass sie die Sachlage vorstellen könne. Daraufhin erklärte die CDU-Fraktion, die Ziffer 2 des Antrages zurückstellen zu wollen.

Sodann ließ der Landrat über die Ziffer 1 des Antrages der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Kreisausschuss verabschiedete folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Die Planungen für den Bau der neuen Kreisstraße 6 (K 6n) zwischen der Anschlussstelle Herzebrock-Clarholz der Autobahn 2 und der Beckumer Straße in Rheda-Wiedenbrück werden eingestellt.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme